

Medium: dpa

Erscheinungsdatum: 30. August 2007

bdt 0505 3 pl 395 dpa 4473 1503

Bundestag/Bundesrat/Finanzen/Föderalismus/

(Zusammenfassung 1500 - mit dpa-Gespräch) Ruf nach grundlegender Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung (Mit Bildern) =

Berlin (dpa) - Ein Jahr nach Inkrafttreten des ersten Teils der

Föderalismusreform hat der «Konvent für Deutschland» um Alt-Bundespräsident Roman Herzog Bund und Länder dazu aufgerufen, mit dem anstehenden zweiten Teil grundlegende

Veränderungen durchzusetzen. In einem am Donnerstag in Berlin vorgestellten

13-Punkte-Papier fordert das Gremium unter anderem, den derzeitigen Länderfinanzausgleich

abzuschaffen und durch Bundeszuweisungen zu ersetzen. Der Deutsche

Gewerkschaftsbund (DGB) warb aber für die weitere Unterstützung schwacher Bundesländer durch

starke. Das SPD-Vorstandsmitglied Christoph Matschie kritisierte die bisherigen

Reformschritte.

Der erste Teil der Föderalismusreform war am 1. September 2006 in Kraft

getreten. Im Kern beschränkt er die Mitspracherechte des Bundesrates und räumt den

Ländern im Gegenzug mehr Kompetenzen ein. Seit März berät eine

Bund-Länder-Kommission über eine Föderalismusreform II zur Entflechtung der komplizierten

Finanzströme zwischen Bund und Ländern. Die Verhandlungen sollen in zwei Wochen

fortgesetzt werden.

Der 14-köpfige «Konvent für Deutschland», der sich als überparteiliches

Beratergremium versteht, fordert neben der Abschaffung des Finanzausgleichs auch

Verschuldungsverbote für Bund und Länder. Ferner sollten die Länder die

Gesetzgebungskompetenz für alle Steuern erhalten, deren Einnahmen ihnen vollständig

zustehen. Herzog als Vorsitzender des Konvents mahnte zur Eile. Die große Koalition

bierte die «fast einmalige Chance» für eine verfassungsändernde Mehrheit.

Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) ergänzte: «Wir haben die große Sorge,

dass sich die politische Diskussion auf den Einbau einer Verschuldungsbremse

beschränkt.»

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mahnte in Berlin aber auch an,

gleichwertige Lebensverhältnisse sollten bei der Reform oberste Priorität haben. Ein

Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards schade den Bürgern.

Matschie zog eine negative Bilanz des ersten Reformteils. «Ein Jahr nach

Inkrafttreten sind keine Vorteile zu erkennen. Die Nachteile treten dagegen deutlich

zu Tage», sagte der Thüringer SPD-Vorsitzende der Deutschen Presse-Agentur

dpa. Vor allem in der Bildungspolitik, aber auch im Umweltbereich fehlten

bundesweit einheitliche Standards. «Geblieden ist ein Flickenteppich, der wenig Sinn

macht.»

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) verteidigte dagegen die

Regelungen: «Damit hat der Föderalismus in Deutschland nach langen Jahren wieder

seine Handlungsfähigkeit bewiesen.» Schwierigkeiten sieht er bei der

Föderalismusreform II. «Ziel muss eigentlich eine Finanzreform sein, die den Ländern auch

eine eigene Steuergesetzgebung erlaubt. Aber dafür sind die wirtschaftlichen

Voraussetzungen noch zu unterschiedlich.» Matschie hofft, dass sich durch die

Finanzverhandlungen keine großen Veränderungen ergeben. «Wir Ostdeutschen können dabei

nur verlieren.» dpa and yzz z2 bk